

Tagung vom 29. 04. - 01. 05. 2005 in Bad Hersfeld

Partizipation in der Schule

Gestaltungsmöglichkeiten in der Kooperation von Jugendverbänden und SchülerInnenorganisationen

Impressum

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft Evangelische
Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES)

Dirk Zampich

Julia Schumacher

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Tel.: 030 / 4480233, Fax: 030 / 44050382

e-mail: kontakt@aes-bund.de

i: www.aes-schuelerinnenarbeit.de

Bundesarbeitskreis „Schüler gestalten Schule“ (BAK)

Stefan Lange

c/o Servicestelle Jugendbeteiligung

Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin

Tel.: 030 / 290468-16, Fax: 030 / 290468-11

e-mail: s.lange@jugendbeteiligung.info

i: www.jugendbeteiligung.info

Redaktion:

Dirk Zampich (AES)

Julia Schumacher(AES)

Benne Mosebach (BAK)

Titelbilder:

Julia Schumacher

Gestaltung und Illustrationen:

•elementar

e-mail: gaeng@elementar-design.de

Berlin 2005

Die Veranstalter

Der Bundesarbeitskreis „Schüler gestalten Schule“ (BAK)...

... ist ein Zusammenschluss engagierter SchülerInnen, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Einführung von Ganztagschulen in Deutschland aus Sicht von SchülerInnen zu begleiten und eigene Impulse zu setzen. Er steht dabei in engem Kontakt zum Bundesministerium für Bildung und Forschung und zur Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, die den BAK an ihren Aktivitäten beteiligen und ihn bei seiner Arbeit unterstützen.

Die Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES)...

... ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Mitgliedern, die in den Landeskirchen ev. SchülerInnenarbeit leisten.

Die AES ist als Jugendverband so strukturiert, dass Ehrenamtliche auf allen Ebenen weitgefaste Mitbestimmungsrechte haben. Ziel Ev. SchülerInnenarbeit ist u.a. die Förderung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit von Jugendlichen als Schülerinnen und Schüler.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Programm	6
3. Texte	
3.1 Michael Freitag: Formen und Begründungen der Partizipation	8
3.2. Barbara Beutner: Partizipationsräume in der Schule	12
3.3 Sylvie Weber-Hauser: Theorie und Praxis der Partizipation im Jugendverband	13
3.4 David Weigend: Wege zur Förderung von individuellen Kompetenzen durch Partizipation in Modulen	16
3.5 Claudius Rück: Wir machen Schule! Schüler/innenvertretungsseminare als Partizipationsermutigung	18
3.6 Julia Schumacher: Kooperation für Partizipation: Wie Jugendverbände die Partizipation in der Schule unterstützen können	20

Einleitung

Partizipationsräume in der Schule ausloten. Mögliche Partizipationsformen aufzeigen. Vor allem aber: Denkbare Unterstützung erwägen, die die partizipationserfahrenen Jugendverbände SchülerInnenorganisationen geben können und wollen. Dies waren die thematischen Schwerpunkte der Tagung „Partizipation in der Schule - Gestaltungsmöglichkeiten in der Kooperation von Jugendverbänden und SchülerInnenorganisationen“ die, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES) und dem Bundesarbeitskreis „Schüler gestalten Schule“ (BAK), vom 29. April bis zum 1. Mai 2005 in Bad Hersfeld stattfand. Die Tagung wandte sich an (potentielle) Akteure einer Kooperation für Partizipation - sie richtete sich vorwiegend an engagierte SchülerInnen und VertreterInnen von Jugendverbänden und damit an ExpertInnen in eigener Sache. Deren Wissen und Erfahrungen sollten zur Sprache, zum Austausch gebracht werden und schließlich in konkrete Vorhaben im Zeichen einer demokratischen Schule einfließen. Neben einer solch interaktiven und teilnehmerbezogenen Orientierung wollten wir als Organisatoren auf grundlegende Impulse externer Referenten nicht verzichten. In der hier nun vorliegenden Dokumentation haben wir diese Impulse versammelt.

Michael Freitag:
Formen und Begründungen
der Partizipation

In dem ersten Beitrag von Michael Freitag, Doktorand an der Universität Lüneburg, werden unterschiedliche Definitionen vorgestellt, die den Begriff der Partizipation grundsätzlich zu fassen suchen. Im Zentrum steht dabei ein Vorschlag zur begrifflichen Differenzierung, der ein genaues Reden über Partizipation möglich macht. Hier beschreibt Michael Freitag unterschiedliche Partizipationsstufen, die sich von der Teilhabe über die Transparenz, Mitwirkung und Mitbestimmung bis hin zur Selbstbestimmung erstrecken. Bei allem Engagement für Partizipation ist es ihm - gegen allzu überschäumende Energie und verstiegene Visionen - allerdings wichtig, einen sehr nüchternen und pragmatischen Blick auf die Räume zu werfen, die die Institution Schule einer Partizipation von SchülerInnen gewährt.

Barbara Beutner:
Partizipationsräume in der Schule

Während sich Michael Freitag hauptsächlich mit den formal-juristischen Beschränkungen der Partizipation in der Schule beschäftigt hat, zielt der Vortrag von Barbara Beutner, Ombudsfrau der SchülervertreterInnen in Hamburg, praxisnah auf die Grenzen, die SchülerInnen in ihrem Engagement, im täglichen Umgang mit den LehrerInnen spüren. Sie beschreibt in thesenhafter und blitzlichtartiger Form, wie wenig mitunter auch heute noch die SchülerInnen in ihrem (politischen) Handeln mit Aufmerksamkeit bedacht und ernst genommen werden. Gelungene Partizipation ist ihrer Ansicht nach nicht nur abhängig von strukturellen Voraussetzungen sondern von einer Haltung, die geprägt ist von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung.

Die Räume für Partizipation von Jugendlichen sind naturgemäß im Jugendverband weitaus größer als in der Schule, sind weniger verrechtlicht und verregelt. Wie man diesen Freiraum eindrucksvoll nutzen kann, zeigt Sylvie Weber Hauser, Geschäftsführende Referentin beim Verband Christlicher PfadfinderInnen (VCP) in Rheinland-Pfalz/Saar, am Beispiel ihres eigenen Jugendverbandes.

Sylvie Weber-Hauser:
Theorie und Praxis der Partizipation
im Jugendverband

Beziehen sich die Beiträge von Barbara Beutner, Michael Freitag und Sylvie Weber-Hauser auf den Ist-Zustand der Partizipation in Schule bzw. Jugendverband wirft David Weigend, selbst Schüler und Mitglied des Bundesarbeitskreises „Schüler gestalten Schule“ (BAK) einen Blick nach vorn und skizziert die Überlegungen des Arbeitskreises zu einer Schule von morgen. Für diesen erschöpft sich Partizipation bei weitem nicht in schulischer Gremienarbeit, sondern zeigt sich in vielfältigen Aktionen von SchülerInnen im Schulraum. Partizipation ist spontan, punktuell und befristet, ist selbstbestimmtes Handeln in projektförmigen Modulen. Dabei ist es überaus wichtig, für ein hohes Maß an Kommunikation zwischen den einzelnen Modulen zu sorgen. Sowohl für Mitglieder der Schulgemeinschaft als auch für Schulexterne sollen Aufgaben, Ziele und Ergebnisse der Arbeiten festgehalten und transparent gemacht werden.

David Weigend:
Wege zur Förderung
von individuellen Kompetenzen
durch Partizipation in Modulen

Zu Wort kommt hier schließlich Claudius Rück, Jugendbildungsreferent für die Evangelische SchülerInnenarbeit Rheinland (ESR). Er berichtet von Formen der Unterstützung, die der Jugendverband ESR derzeit SchülerInnen bietet. Claudius Rück illustriert in seinem Text nicht nur anhand eines konkreten Seminarablaufs für SchülervertreterInnen, wie sich die pädagogische Arbeit vor Ort vollzieht, sondern weist auch auf wichtige Prinzipien hin, die für die Bildungsarbeit mit SchülerInnen unabdingbar sind: So steht der Jugendverband ESR bewusst auf der Seite der SchülerInnen und stärkt in der konkurrenzfreien Atmosphäre altersgemischter Gruppen deren Fähigkeiten.

Claudius Rück: Wir machen Schule!
Schüler/innenvertretungsseminare
als Partizipationsermutigung

Über die beschriebenen Vorträge hinaus finden Sie in unserer Dokumentation einen Text von Julia Schumacher, Jugendbildungsreferentin bei der AES. Er ist nach der Tagung entstanden. Wir haben ihn hier trotzdem mit aufgenommen, weil in ihm wichtige Begründungen für und Anregungen zu einer „Kooperation für Partizipation“ zu finden sind, die wir Ihnen nicht vorenthalten möchten.

Julia Schumacher:
Kooperation für Partizipation:
Wie Jugendverbände die Partizipation
in der Schule unterstützen können

Bei der Lektüre wünschen wir Ihnen viel Freude!

Dirk Zampich (AES)

Julia Schumacher (AES)

Benne Mosebach (BAK)

Programm

Freitag, 29.04.2005

- 17:00 Anreise / Abendbrot
- 18:30 Begrüßung und Beginn der Tagung
- 18:45 Input: „Partizipation – Formen und Begründungen.“
Vortrag und Gespräch.
Referent: Michael Freitag, Universität Lüneburg
- 20:15 PAUSE
- 20:30 Blitzlichtrunde zum Vortrag
- 20:45 Kennenlernrunde: Partnerinterview und Steckbriefe
- 21:15 Inforunde zum Ablauf der Tagung
- 21:30 Weiterdiskutieren und „netzwerken“ bei Wein, Bier und Selters

Samstag, 30.04.

- 09:30 Warm-up
- 09:45 Input: „Partizipationsräume in der Schule.“
Vortrag und Gespräch.
Referentin: Barbara Beutner, Ombudsfrau für SchülervertreterInnen in Hamburg
- 10:30 PAUSE
- 10:45 Fishbowl: Erfahrungen von SchülervertreterInnen mit Partizipation in der Schule
- 11:25 PAUSE
- 11:35 Input: Theorie und Praxis der Partizipation im Jugendverband.
Vortrag und Gespräch
Referentin: Sylvie Weber-Hauser, VCP
- 12:40 Partizipationskultur in Jugendarbeit und Schule – Gemeinsamkeiten und Unterschiede.
Kartenabfrage
- 13:00 MITTAGSPAUSE
- 14:45 Warm-up
- 14:50 Fortsetzung der Kartenabfrage
- 15:15 Input: Das Partizipationsmodell des BAK „Schüler gestalten Schule“.
Referent: David Weigend. BAK „Schüler gestalten Schule“
- 15:45 Kleingruppenarbeit:
 - 1. Diskussion des Partizipationsmodells
 - 2. „Standortbestimmung“:
 - Was ist mir zum Thema Partizipation in der Schule wichtig geworden?
 - Worauf möchte ich nicht verzichten, wenn ich Partizipation in der Schule voranbringen will?

- 16:50 PAUSE
- 17:15 Vorstellung der Ergebnisse im Plenum
- 18:00 ABENDBROTPAUSE
- 19:00 Input: Die Unterstützung von Partizipation in der Schule durch Jugendverbände heute.
Referent: Claudius Rück. Ev. SchülerInnenarbeit Rheinland (ESR)
- 19:30 Rückfragen und Diskussion
- 20:00 Perspektiven der Zusammenarbeit
zwischen Jugend(verbands-)arbeit und SchülerInnen.
Diskussion und Entwicklung erster Ideen in Kleingruppen.
- 20:45 Blitzlicht zum Tagesabschluss: Wie war der Tag? Wie geht's mir jetzt?

SONNTAG

- 09:45 Warm-up
- 10:00 Konkretisierung der Perspektiven zur Zusammenarbeit zwischen Jugend-
(verbands-)arbeit und SchülerInnen.
Zusammenstellung der Ideen vom Vortag zu Themengruppen.
Erarbeiten von Beispielprojekten in Kleingruppen.
- 11:00 PAUSE
- 11:15 Präsentation der Ergebnisse im Plenum,
inkl. Rückfragen und Verabredungen zur Weiterarbeit
- 12:00 Auswertung und Abschluss der Tagung

3.1 Formen und Begründungen der Partizipation

Von Michael Freitag, Universität Lüneburg

Was sich hinter dem in der Pädagogik inflationär gebrauchten Begriff „Partizipation“ verbirgt, bleibt sowohl in der praktischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als auch auf der Ebene der Erziehungswissenschaften oft unklar. Wenn beispielsweise zwischen projektorientierten und repräsentativen Formen der Partizipation unterschieden wird, beantwortet dies noch nicht die Frage, welcher Einfluss auf Entscheidungen tatsächlich zugebilligt wird. Wenn präzise Vorstellungen darüber fehlen, mit wie viel Machtabgabe die Partizipation einhergeht, steht es Bürgermeisterinnen oder Schulleitern weiterhin offen, die Bedeutung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit zu betonen, ohne dass sich an der Partizipationskultur der jeweiligen Kommune oder Schule etwas Wesentliches ändert. Ein Blick in einschlägige Fachlexika ist leider wenig hilfreich, um ein klares Verständnis davon zu gewinnen, was unter Partizipation zu verstehen ist. Zwei Beispiele sollen dies veranschaulichen: Partizipation „meint als Sammelbegriff verschiedene Arten und Formen der Beteiligung“ (Pfaffenberger, 1997, S. 691). „In seiner überwiegenden Verwendung im gegenwärtigen Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff die Teilnahme bzw. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Beratungen und Entscheidungen“ (Schnurr, 2001, S. 1330).

Um über diese und andere unbefriedigende Definitionsversuche hinauszugelangen, sind unterschiedliche Stufenmodelle entwickelt worden. Jedes Modell hat seine Vor- und Nachteile. Im Hinblick auf die schulische Partizipation erscheint es jedoch ratsam, sich auf ein Modell zu einigen, das den Kategorien des Arbeitsrechts nahe kommt, da die bis heute gültigen Gerichtsentscheidungen über die Grenzen der schulischen Partizipation (in den 90er-Jahren durchgeführte Normenkontrollverfahren) auf der Grundlage der Rechtsprechung zur Mitbestimmung der Personalvertretungen im öffentlichen Dienst getroffen wurden. Eine „Partizipation auf gleicher Augenhöhe“, eine „Quasi-Beteiligung“ oder andere rechtlich nicht fundierte Formen der Partizipation lassen sich im Zweifel nur bedingt einfordern oder kritisieren.

In Anlehnung an ein Stufenmodell von Richard Schröder (vgl. 1995, S. 16 f.), das den Kategorien des Arbeitsrechts gerecht wird, habe ich für das von der EU geförderte Projekt „European Participation Investigators“ (Initiator: Kinder- und Jugendbüro der Stadt Itzehoe) eine operationale Definition von Partizipation entwickelt, um eine gemeinsame sprachliche Basis für die Kommunikation zwischen Jugendlichen aus fünf europäischen Ländern zu schaffen. Hier die deutsche Version:

Eine Differenzierung des Begriffs „Partizipation“ aus der Perspektive von Jugendlichen (Freitag, 2005; in Anlehnung an Schröder, 1995)

Partizipationsstufen	Teilhabe	Transparenz	Mitwirkung	Mitbestimmung	Selbstbestimmung
Indikatoren der Stufen					
Körperlich teilnehmen	x	x	x	x	
Sich äußern können, ohne gefragt zu werden	x	x	x	x	
Über den Gegenstand hinreichend informiert werden		x	x	x	
Um die eigene Meinung gebeten werden			x	x	
Entscheidungen durch Stimmrecht beeinflussen können				x	
Verantwortung für Entscheidungen übertragen bekommen					x

Dass es sich hierbei um ein idealtypisches Modell handelt, wird deutlich, wenn man an Schülervereinerinnen und -vertreter denkt, die in der Schulkonferenz über etwas abstimmen, über das sie zuvor nicht angemessen informiert worden sind. Die Stufen dieses Modells haben sich in der Praxis jedoch als geeignet erwiesen, um beispielsweise alle Lehrkräfte einer Schule zu befragen, ob und in welcher Form Schülerinnen und Schüler ab einem gewissen Alter an bestimmten schulischen Entscheidungen beteiligt werden sollten. Die Ergebnisse dieser Befragungen wollten die Kollegien nicht in jedem Fall für meine Arbeit mit den Schülervereinerungen an ihren Schulen freigeben. Über die Gründe hierfür darf spekuliert werden.

Heutzutage kommen auf Fachtagungen und in Publikationen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Regel ausschließlich Befürworterinnen und Befürworter der Partizipation zu Wort. Blinde Flecken des Diskurses sind hierdurch vorprogrammiert. Trotz der Verankerung des Partizipationsgebots in der UN-Kinderrechtskonvention (Artikel 12), dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 8) und zahlreichen Landesgesetzen sollte nicht aus dem Blickfeld geraten, dass gegen eine weitreichende Partizipation sowohl empirisch als auch theoretisch fundierte Argumente ins Feld geführt werden können, die man zwar aus politischer Überzeugung ablehnen kann, die sich jedoch nicht ohne Weiteres entkräften lassen:

Dahrendorf (1968) beispielsweise geht entgegen der aus seiner Sicht „naiven Vermutung“ (S. 36), dass hohe politische Teilnahme ein Zeichen gesunder demokratischer Verhältnisse sei, davon aus, dass ausgeprägte politische Teilnahme „entweder politische Störungen oder politischen Zwang signalisiert“ (ebd.). Viele Kritiker der Partizipation weisen darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger (oder Schülerinnen und Schüler) von der Komplexität politischer Entscheidungen schlichtweg überfordert sind: „So fällt der typische Bürger auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt. Er argumentiert und analysiert auf eine Art und Weise, die er innerhalb der Sphäre seiner wirklichen Interessen bereitwillig als infantil anerkennen würde“ (Schumpeter, 1950, S. 417). Liberale Elitetheorien haben jedoch nicht nur den Vorteil auf ihrer Seite, dass zahlreiche Erhebungen zum politischen Interesse und Engagement der Menschen, ob jung oder alt, ihnen Recht zu geben scheinen. Insbesondere das deutsche Schulsystem steht allein aufgrund seiner Struk-

turen diesen Theorien weitaus näher als demokratietheoretischen Ansätze wie beispielsweise Benjamin Barbers (1984) „Strong Democracy“, in denen eine weit reichende Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger gefordert wird. Partizipationsprojekte werden häufig mit der politischen Desintegration junger Menschen begründet, die sich in Form steigender Gewalt an Schulen, des Erstarkens rechtsextremistischer und antisemitischer Gruppierungen etc. manifestiert. Doch auch diese Argumentation lässt sich in Frage stellen. Weißels und Klingemann (2003) vertreten im Datenreport des Statistischen Bundesamtes die Auffassung: „Angesichts dieser Entwicklungen von einer drohenden politischen Desintegration zu sprechen ist überzogen, da trotz Abnahme der politischen Integration das Niveau heute nicht unter dem der 80er-Jahre liegt“ (S. 606).

Wer sich dennoch für eine stärkere Partizipation von Schülerinnen und Schülern einsetzt, der kann darauf verweisen, dass hierdurch:

- Entfremdung und Apathie entgegen gewirkt wird;
- die Identifikation mit der Schule steigt;
- Gewalt- und Disziplinprobleme abnehmen;
- interessanterer Unterricht stattfinden kann;
- Demokratiemündigkeit gefördert wird
- und noch vieles mehr, was sowohl als Integration oder als Emanzipation der Schülerschaft verstanden werden kann.

Letztlich lässt sich die Partizipation von Kindern und Jugendlichen durch die Aufzählung möglicher Effekte jedoch nicht begründen. Entscheidend bleibt die demokratietheoretische Position, die vertreten wird: „Je nachdem, welchen Begriff von Demokratie wir uns machen, sieht auch die Zukunft der Demokratie verschieden aus; und je nach der Zukunft sieht man dann auch in der Gegenwart schon Probleme, von denen man glaubt, dass andere sie nicht sehen oder sie nicht ernst genug nehmen“ (Luhmann, 1986, S. 207). Was passieren kann, wenn dies bei der Konzeption demokratiepädagogischer Projekte nicht berücksichtigt wird, verdeutlicht Reinhardt (2003), wenn sie im Rückblick auf das in Nordrhein-Westfalen „fast lautlos“ (S. 72) beendete Projekt „Demokratie und Erziehung in der Schule“ feststellt:

„Insgesamt konnte – falls sie je bestanden hatte – die Illusion nicht gehalten werden, dass ein solches Projekt die Probleme von Werteerziehung und Mitbestimmung in einer Richtung werde lösen können, die nicht auch zentrale Kontroversen um Werte-Bildung und politische Bildung provozieren würde. Das Thema Demokratie und Schule geht so weit über den Ansatz sozialen Lernens im Nahraum und die Hoffnung auf die Vermittlung klarer Werte hinaus, dass die Sprengkraft des Politischen sich früher oder später herausstellt“ (ebd.).

Weitere Stolpersteine sind zu berücksichtigen, um sich realistische Ziele für die Entwicklung einer zufrieden stellenden schulischen Partizipationskultur setzen zu können. Die sowohl in der Bildungspolitik als auch an den Schulen selbst gepflegte Rhetorik der „praktizierten Demokratie“ verschleiert, dass die wenigsten Axiome einer gleichberechtigten politischen Interessenvertretung in der Schule gewährleistet werden können. Aus verfassungsrechtlicher Sicht würde beispielsweise eine tatsächliche „Demokratisierung der Schule“ gegen grundlegende Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik verstoßen. Dass die Eltern- sowie Schülerschaft aus rechtswissenschaftlicher Sicht demokratisch nicht legitimierte Teilminderheiten sind, die einen Anspruch auf Beteiligung aus ihrer besonderen Betroffenheit nicht ableiten können, mag nicht ohne Weiteres einsichtig erscheinen, ist jedoch vom Bundesverfassungsgericht klargestellt worden (vgl. BVerfGE 97, 37 [69]). Das Letztentscheidungsrecht liegt bei schulischen Entscheidungen aufgrund Art. 7 Abs. 1 GG immer beim Staat und seinen Repräsentantinnen und -tanten. Unabhängig davon, wie weit reichend die Rechte der Schülervertretungen in Schulkonferenzen in den einzelnen Bundesländern gestaltet worden sind, ob es ein Veto-Recht der Schulleitung bei Patt-Situationen oder eine mehr oder weniger eingeschränkte Drittelparität gibt, unterliegen alle Entscheidungen uneingeschränkt der Fachaufsicht der Schulaufsichtsbehörden.

Die hier vorgestellte rechtliche Betrachtung der schulischen Partizipation sollte nicht mit einer pädagogischen Sichtweise verwechselt werden. Aus Einsicht in die Vorzüge der Partizipation steht es allen Kollegien frei, ihre Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen und ihnen Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen. Es sollte an dieser Stelle allerdings verdeutlicht werden, dass ein Pochen auf Beteiligungsrechte sich als weniger maßgeblich herausstellen könnte, als einen Dialog über pädagogische Grundhaltungen zu führen.

Als bedeutsame Aspekte eines solchen Dialogs können angesehen werden:

- Der „Zirkelschluss der Vermittlung von Partizipationskompetenzen“: Eine sinnvolle Beteiligung erscheint nur bei vorhandenen Kompetenzen möglich, während diese Kompetenzen nur durch eine Teilnahme an Beteiligungsprozessen erworben werden können.
- Die „Konkurrenz der Vorränge“ in der Schule, die sich auch in der Widersprüchlichkeit der Funktionen widerspiegelt, die der Schülervertretung zugesprochen werden (Emanzipation und Integration).
- Die „kognitive Dissonanz“, die sich aus der Diskrepanz zwischen Emanzipationsidealen und Integrationserfordernissen („Schulfrieden“) ergeben und die insbesondere Lehrkräfte belasten kann, die von der Wichtigkeit der Partizipation der Schülerschaft überzeugt sind.

Laut Zimbardo (vgl. 1995, S. 710), der sich auf Festingers (1957) Theorie der kognitiven Dissonanz bezieht, gibt es vier Möglichkeiten, diese zu reduzieren:

1. Die Kognition, die die Dissonanz auslöst (beispielsweise die schulrechtliche Vorgabe einer konstruktiven Konfliktkultur zwischen den Statusgruppen), in Frage zu stellen und das eigene Verhalten an dieser nur soweit auszurichten, wie es sich nicht vermeiden lässt (beispielsweise durch eine Betonung des mangelnden Sachverständnisses der Schülerschaft);
2. Neue Kognitionen hinzuzufügen (beispielsweise durch eine Zuweisung der Verantwortung für die Förderung der Partizipation an die Verbindungslehrkraft);
3. Das eigene Verhalten neu zu bewerten (beispielsweise durch eine Aufwertung der bereits zugebilligten Beteiligungsmöglichkeiten, so dass diese als Ausdruck einer konstruktiven Konfliktkultur wahrgenommen werden);
4. Das eigene Verhalten zu ändern.

Auf der Basis der hier angestellten grundlegenden Erörterung der Formen und Begründungen der Partizipation lassen sich lediglich einige allgemeine Hinweise geben, wie an den Schulen vor Ort vorgegangen werden könnte. Um mit kleinen Schritten im Endeffekt nachhaltige Veränderungen zu erzielen:

- sollten realistische Ziele gesetzt werden;
- Polarisierungen vermieden werden;
- sollte differenziert vorgegangen werden;
- Transparenz hergestellt werden;
- qualifiziert und reflektiert werden;
- Mut gezeigt werden,
- ohne dabei selbst unter die Räder zu kommen.

Abschließend noch eine Anmerkung zum „unter die Räder kommen“. Immer wieder treffe ich auf Jugendliche, die mit sehr viel Engagement und Idealismus in Schülervertretungen tätig sind und versuchen, basisdemokratische Ansätze zu verwirklichen.

Michael Freitag ist unter
freitag@demokratie-paedagogik.de
erreichbar.

Zur Verantwortung begleitender Pädagoginnen und Pädagogen gehört meines Erachtens auch, darauf hinzuweisen, dass sich die Schülervertretung als repräsentative Interessenvertretung in einer auf Zwang basierenden Institution mit dem Ideal herrschaftsfreier Räume nicht vereinbaren lässt. Zum Teil scheint den Schülervertreterinnen und -vertretern nicht klar zu sein, dass sie umso mehr Macht über ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ausüben, je erfolgreicher sie ihre Positionen gegenüber den Lehrkräften und Eltern vertreten. Ruhloff (1987) verdeutlicht, dass der Glaube daran, im Sinne der eigenen Basis zu handeln, nichts an dieser Herrschaftsausübung ändert: „Auch die Demokratie ist eine Herrschaftsform, und mit der Demokratisierung wird die Schule nicht schon pädagogischer, sondern nur anders herrschaftlich verfaßt. Eine herrschaftliche Verfassung ist aber stets mit der Durchsetzung eines wenigstens auf Zeit letztgültigen und nicht in Frage zu stellenden Willenszieles verknüpft“ (S. 41). Diese Form der Herrschaftsausübung ist weder zwangsläufig verwerflich noch im Rahmen der Schulverfassungen vermeidbar. Dass sie stattfindet, sollte jedoch präsent sein, damit nicht irgendwann engagierte junge Menschen desillusioniert die Segel streichen, weil ihnen die Schülerschaft ihr Engagement nicht dankt. Angesichts der steigenden politischen Desintegration der Bevölkerung sind diese ein Potential, auf das das politische System und die Bürgergesellschaft nicht verzichten können.

Literatur:

- Barber, B. (1984):** *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age.* Berkeley.
- Dahrendorf, R. (1968):** *Für eine Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Sieben Reden und andere Beiträge zur deutschen Politik. 1967-1968.* München.
- Pfaffenberger, H. (1997):** *Partizipation.* In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), *Fachlexikon der sozialen Arbeit* (4. Aufl., S. 691-692). Stuttgart.
- Luhmann, N. (1986):** *Die Zukunft der Demokratie.* In: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.), *Der Traum der Vernunft. Vom Elend der Aufklärung* (S. 207-217). Darmstadt.
- Ruhloff, J. (1987):** *Demokratisierung der Schule - im Interesse von Bildung oder Interessenstreit statt Bildung?* In: M. Heitger & I. M. Breinbauer (Hrsg.), *Erziehung zur Demokratie. Gewissenserziehung. Innere Schulreform VI/VII* (S. 27-42). Wien.
- Schnurr, S. (2001):** *Partizipation.* In H.-U. Otto & H. Thiersch (Hrsg.), *Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik* (2. völlig neu überarbeitete und aktualisierte Auflage, S. 1330-1345). Neuwied.
- Schröder, R. (1995):** *Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung.* Weinheim.
- Schumpeter, J. A. (1950):** *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (4. Aufl.). München.
- Weßels, B. & Klingemann, H.-D. (2003):** *Politische Integration und politisches Engagement.* In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland* (2. aktualisierte Aufl., S. 597-606). Bonn.
- Zimbardo, P. G. (1995):** *Psychologie* (6. neu bearbeitete und erweiterte Auflage). Berlin.

3.2 Partizipationsräume in der Schule

Von Barbara Beutner, Ombudsfrau für SchülervertreterInnen

Die Auseinandersetzung um die Beteiligungsrechte, insbesondere für die SchülerInnen in den Schulen, kann nur in Verbindung mit den demokratischen Strukturen in der Gesellschaft gesehen und bewertet werden.

Ermöglicht die Schule, vor dem Hintergrund des Bildungs- und Erziehungsauftrages überhaupt demokratisches Handeln? Wie werden Macht und Abhängigkeiten zwischen den Lehrkräften und SchülerInnen gelebt und kommuniziert? Kann Demokratie „vorgeschrieben“ werden oder ist demokratisches Handeln mit der damit notwendigen Toleranz gegenüber anderen Menschen eher eine Haltung statt ein Gesetz? Definiert nicht Jede bzw. Jeder ihre und seine Demokratie-Prinzipien auf der Grundlage eigener Erfahrungen?

Ausgehend von eigenen Erfahrungen aus dem Alltag meiner Arbeit als Ombudsfrau für Schülervertretungen möchte ich im Folgenden einige typische Auffassungen und Fragen zur Partizipation von SchülerInnen aufgreifen und kommentieren.

Sind Kinder und Jugendliche noch keine ganzen Menschen?

Wenn SchülerInnen die Erfahrungen machen müssen, von der Lehrkraft nicht als gleichberechtigtes Mitglied der Klassenkonferenz akzeptiert zu werden, nur weil sie oder er „erst“ 11 Jahre alt sind, steht die Frage im Raum: **Sind Kinder und Jugendliche noch keine ganzen Menschen?**

Oder wie ist die Aussage einzuschätzen, wenn Lehrkräfte und Eltern äußern: „Schülerinnen sollen erstmal etwas lernen, bevor sie den Mund aufmachen!“ Hier kann der Eindruck entstehen, dass „Erwachsene“ sich eine Sichtweise anzumaßen scheinen, die persönliche Erfahrungen sowie soziale Kompetenzen Jugendlicher und Kinder vollkommen außer Acht lässt.

Doch wie steht es überhaupt um die gegenseitige Akzeptanz und den Respekt in unserer Gesellschaft? In welchem Klima kann überhaupt nur ein Austausch von Meinungen, Betroffenheiten und Erfahrungen in der Schule stattfinden? Wie reagiert eine Lehrerin oder ein Lehrer, wenn er oder sie erkennen muss, dass ein Schüler bzw. eine Schülerin intellektuell überlegen ist, obwohl eigentlich eine Lehrkraft „alles wissen“ sollte? Entstehen viele Konflikte nur, weil Wissen und Macht in einem kontroversen Verhältnis zueinander stehen?

Haben die LehrerInnen die SchülerInnen im Griff oder ist es eher umgekehrt?

Ein motivierendes, lernfreundliches Klima in der Schule kann eine Grundlage schaffen, die Fehler nicht als Misserfolg, sondern als den wichtigsten Prozess einer wechselseitigen Persönlichkeits- bzw. Lernentwicklung erscheinen lässt. In einer Schule, in der SchülerInnen die Strukturen von **Macht, Abhängigkeiten, Ritualen und Hierarchien in der Schule** wahrnehmen, sollte gemeinsam nach Wegen bzw. nach Alternativen gesucht werden, „Schief-lagen“ zu begradigen und Missverständnisse gar nicht erst aufkommen zu lassen. SchülerInnen betonen immer wieder, dass diese Auseinandersetzung zwischen den SchülerInnen, Lehrkräften und Eltern auf „Augenhöhe“ erfolgen muss! Der Informations- oder Wissensvorsprung berechtigt insbesondere Lehrkräfte nicht, darüber zu urteilen, wer mehr wert ist, als der oder die andere.

Ist die Schule ein Dienstleistungsbetrieb? Wenn ja, für was und für wen?

Dienstleistung – Kunde – Ökonomie – Gewinn! Begriffe, die nicht unbedingt mit der Schule in Verbindung zu bringen sind. Es sollte jedoch überprüft werden, wie die Schule als eine gesellschaftliche Institution nicht nur ihren gesetzlich verankerten Auftrag professionell erfüllt, sondern wie die Zufriedenheit der Eltern mit ihren Kindern als steuerzahlende „Kunden“ thematisiert wird.

Ist die Schule ein demokratischer Ort?

Die Grundlage für ein demokratisches Miteinander ist in unserer Gesellschaft gesetzlich vorgegeben. Jedoch dürfen die gelebten Abhängigkeiten und Machtstrukturen auf den unterschiedlichsten Ebenen zwischen den SchülerInnen, Eltern, den Lehrkräften sowie der Schulleitung nicht einfach ignoriert werden. Hier wird wieder einmal deutlich, dass die Bereitschaft zum demokratischen Handeln eher eine Haltung des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung ist, sowie das Vertrauen an das „Gute“ im Menschen beinhaltet.

3.3 Theorie und Praxis der Partizipation im Jugendverband

Von Sylvie Weber-Hauser, Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP)

Mit einem Camp im Jahre 1907 auf Brownsea Island fing alles an. Der britische Offizier Robert Baden-Powell hatte beim Einsatz von jungen Kundschaftern während seiner Dienstzeit in Südafrika erlebt, dass Kinder und Jugendliche – im Gegensatz zur damals üblichen Auffassung – durchaus in der Lage sind, Aufgaben verantwortungsvoll auszuführen. Seine Erkenntnisse veröffentlichte „BP“ in dem Buch „Scouting for boys“. Dieses Buch wurde in kürzester Zeit zu einem Bestseller. Junge Menschen auf der ganzen Welt gründeten Gruppen, die nach diesem Buch arbeiteten.

In den einzelnen Ländern haben sich unterschiedliche Pfadfinderverbände entwickelt. Diese beziehen sich jedoch alle auf folgende Grundsätze von Baden-Powell: das Pfadfindergesetz und das Versprechen vor der Gruppe, „Learning by doing“, das Prinzip der kleinen Gruppe, altersgerechte aufeinander aufbauende Arbeitsformen und viele internationale Kontakte und Begegnungen.

In der Bundesrepublik Deutschland sind es vier Verbände, die von der Weltebene der Pfadfinder anerkannt werden und zum Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände und dem Ring deutscher Pfadfinderverbände gehören. Der evangelische VCP (Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder) ist ein öffentlich anerkannter Kinder- und Jugendverband und wird in seiner Arbeit durch staatliche Zuwendungen, ebenso wie durch die Evangelische Kirche in Deutschland unterstützt. Der VCP ist Mitglied des Bundesjugendrings, der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugendverbände und des - in 140 Ländern der Welt tätigen - Weltpfadfinderverbandes. Er ist offen für konfessionell anders- bzw. nicht gebundene Jugendliche. Über 47.000 Kinder und Jugendliche gehören den Gruppen an, über 3.000 junge Menschen und Erwachsene engagieren sich als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Gruppenarbeit – und die jungen Gruppenleitungen – berücksichtigen die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Altersstufen:

- Kinderstufe - **7 bis 10 Jahre**
- Pfadfinderinnen- und Pfadfinderstufe **11 bis 15 Jahre**
- Ranger/Rover-Stufe **ab 16 Jahre**

Organisatorisch gibt es im VCP generell mehrere Ebenen, die in ganz ähnlicher Weise für fast alle Pfadfinderverbände des Pfadfinderringes gelten:

- **Die Gruppe:**
Hier treffen sich ca. 8-15 Jugendliche der jeweiligen Altersstufen zur wöchentlichen Gruppenstunde. Partizipation findet statt, indem einer die Gruppe auf der nächst höheren Ebene, dem Stamm (der Ortsgruppe) vertritt.
- **Der Stamm:**
Er besteht meist aus mindestens drei Gruppen und besitzt eine/n Stammesleitung/-vorstand/-führung. Diese/r wird in regelmäßigen Abständen, welche durch die Satzung geregelt sind, auf den Stammesversammlungen gewählt.
- **Das Land:**
Hier werden zur jährlichen Versammlung alle Stammesleitungen eingeladen, um zu allen verbandspolitischen Themen Stellung zu nehmen. Dies geschieht durch Abstimmungen von Anträgen nach eingehenden Diskussionen. Diesem Gremium steht eine ebenfalls demokratisch legitimierte Landesleitung vor.
- **Der Bund:**
Alle Landesleitungen gemeinsam bilden das nächste Entscheidungsgremium auf Bundesebene, welches sich ebenfalls alle drei oder vier Jahre ein neues Vorstandsgremium wählt.

Partizipation in der alltäglichen Arbeit des VCP

Mit seiner pädagogischen Arbeit will der VCP einen Beitrag zur Erziehung junger Menschen und Lebensgestaltung seiner jungen und erwachsenen Mitglieder leisten. Dabei werden den jungen Menschen weitreichende Möglichkeiten zugebilligt, Verantwortung für das Gruppengeschehen zu übernehmen. Entsprechend der Tradition „Jugend führt Jugend“ können und dürfen Jugendliche schon im Alter von 16 Jahren Gruppen leiten. Beim katholischen Partnerverband ist dies erst ab 18 Jahren möglich.

Ehrenamtliche bestimmen die Geschicke des VCP im hohen Maße mit. Hauptberufliche, die nicht demokratisch legitimiert sind, haben den Ehrenamtlichen gegenüber bloß eine Dienstleistungsfunktion: Sie beraten, organisieren, setzen die Beschlüsse der Ehrenamtlichen um - aber sie entscheiden nicht.

Beim VCP sollen die jungen Menschen zu selbständigen, eigenverantwortlich handelnden, konstruktiv kritischen Bürgern des demokratischen Staates heranwachsen und Orientierung für ihr Leben im Evangelium von Jesus Christus finden können. Sie finden und nutzen im VCP große Freiräume: Junge Menschen gestalten das Gruppenleben, in dem sie sich selbst Regeln und Rituale geben, über Inhalte entscheiden und gemeinsam Projekte planen und durchführen.

Pfadfinderei unterscheidet sich dadurch von einem Sportverein, dass hier die Gemeinschaft der Gruppe nicht nur Mittel sondern auch Zweck ist. Ein wichtiger Bestandteil des Lebens und Lernens in der Gruppe ist es, unterschiedliche Aushandlungsprozesse zu führen und Konflikte zu bewältigen. Der bestehende große Freiheitsrahmen führt allerdings oft zu Frustration bei denjenigen, die die Gruppen leiten, denn die Anforderungen, denen sie sich dadurch stellen müssen, sind sehr komplex.

Die Gruppenmitglieder tragen Mitverantwortung für die Stabilität der Gesamtgruppe. Natürlich trifft die leitende Person zu Beginn den Großteil der relevanten Entscheidungen. Dennoch ist es das Ziel, zunehmend - und dem Entwicklungsstand der Gruppe angemessen - solche Entscheidungen den Mitgliedern zu überlassen. Dies einzuschätzen, aber auch Verantwortung schrittweise abzugeben, ist eine nicht immer leichte Aufgabe für die Leiter und Leiterinnen.

Erschwert wird eine Delegation von Verantwortung und Entscheidung allerdings auch durch eine Konsumhaltung der Kinder und Jugendlichen.

Partizipation in Einzel- und Großprojekten des DPSG

Die DPSG (Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg) hat eine Reihe von Partizipationsprojekten durchgeführt, die eine ganz neue Dimension von Mitgliederpartizipation ermöglicht haben. Allerdings handelt es sich hier immer um Einzelprojekte, die bislang in keine feste Struktur eingebunden sind. Zudem ist perspektivisch eine regelmäßige Durchführung solcher Veranstaltungen schwer zu finanzieren.

Begonnen hat die Entwicklung 1993 mit dem **Kindergipfel**, zu dem die jüngste Altersstufe der 7-10 Jährigen ins Bundeszentrum zu einem großen Lager eingeladen war, um dort Partizipation zu praktizieren. Hier entstand auch die Idee, Kindern dauerhaft Einflussmöglichkeiten im Verband einzuräumen. In der Satzung sollte den Kindern eine Stimme in der Stammesversammlung zugebilligt werden. Die Idee war lange sehr umstritten und wird bis heute nicht überall praktiziert - aus Angst vor allzu großer Macht der Kinder.

Im Jahr 2000 fand eine so genannten **Vollversammlung der Pfadfinderstufe** in der Paulskirche in Frankfurt statt. Die Jugendlichen diskutierten ein ganzes Wochenende lang und entwickelten eine Reihe von thematischen Ideen für die vielen Lager, die 2001 (im Zuge des Bundeslagers) in ganz Deutschland stattfinden sollten. Es gehörte auch mit zur Aufgabe der Jugendlichen, die Lager zu planen und Menschen zu finden, die bereit waren, bei der Organisation behilflich zu sein.

Update der DPSG: Auf der Vollversammlung 2000 wurde ein breit angelegter Organisationsentwicklungsprozess angestoßen. Alle Mitglieder des Verbandes, alle Ebenen und Gremien waren aufgefordert, ihnen wichtige Inhalte und Positionen in einen breiten innerverbandlichen Diskussions- und Entscheidungsprozess einzubringen. Diese Inhalte und Positionen wurden im Rahmen der Bundesversammlung 2002 diskutiert, weiter ausgearbeitet, hernach im Verband publiziert und schließlich zur Entscheidung gestellt: Bei einem Treffen im Bundeszentrum, zu

dem alle interessierten LeiterInnen eingeladen worden sind und auch über 5000 Mitglieder erschienen, wurden alle eingereichten Positionen vor Ort abgestimmt. Auf diese Weise wurde u.a. deutlich, dass Ökologie wieder zum Schwerpunktthema im Verband werden sollte.

Schlussbemerkung

Die Jugendverbandsarbeit im Pfadfinderbereich kann der Herausforderung von weitreichender Partizipation gelassener entgegenreten als die Schule, weil sie unabhängiger ist vom Leistungsauftrag und dessen Kontrolle. Hier ist es leichter möglich, Freiräume zu erproben. Die mit klaren Wertvorstellungen verbundenen Ziele haben sich die Pfadfinder weltweit selbst gegeben; keine andere Sozialisationsinstanz hat hier ihre Hand im Spiel. Deshalb können die Jugendlichen sie ohne Argwohn mit eigener Überzeugung verfolgen. Es entsteht Interesse für Themen und Projekte, die sie mit ihren jeweiligen Gruppen angehen - meiner Ansicht nach die Voraussetzung allen Lernens. Die Gruppe selbst reflektiert ihre Projekte

anhand eigener Kriterien und ihre Mitglieder können Kritik offen äußern, weil keine Sanktionen zu erwarten sind. In der Schule dagegen sind Sanktionen sehr wohl zu erwarten. Zudem werden hier Aufgaben, Projekte, Themen vorgegeben und müssen durchgeführt werden. Das Prinzip der Partizipation, das für die Pfadfinder in Theorie und Praxis von hoher Bedeutung ist, wird allerdings derzeit von einem gesamtgesellschaftlichen Trend in Frage gestellt, der auch das Verhalten und die Einstellung von Jugendlichen nicht unberührt lässt. Weil ein klares Wertesystem schwindet, die Angst vor der Zukunft breiten Raum einnimmt, klagen Jugendliche oftmals - längst überholt geglaubte - Traditionen ein, von denen sie sich Sicherheit erhoffen. Oft ist der Wunsch nach Klarheit, Werten und Vorgaben „von oben“ zu spüren. Jugendliche tun sich mitunter schwer mit der Übernahme von Verantwortung. Gegen solche - ja nachvollziehbaren - Vorbehalte ist es nicht immer leicht, Partizipation im Gruppenalltag zu befördern und zu stärken.

3.4 Wege zur Förderung von individuellen Kompetenzen durch Partizipation in Modulen

Von David Weigend, Bundesarbeitskreis „Schüler gestalten Schule“ (BAK)

Das Konzept des Bundesarbeitskreises „Schüler gestalten Schule“ (BAK) ermöglicht Partizipation in so genannten Projektmodulen. Es umfasst im Kern die drei folgenden Themenkomplexe:

1. Entwicklung und Förderung individueller Kompetenzen durch projektbezogene Arbeit
2. Bildung von Netzwerken und Verbesserung des Austausches von schulinternen und -externen Modulen
3. Integration von Modulen in die vorhandenen Strukturen sowie in den Schulalltag

Dabei spielen folgende Themen eine besondere Rolle:

- Gremienarbeit in der Schule
- Dialog Eltern/Lehrer/Schüler
- Moderne dynamische SV-Arbeit
- Außerschulische Module:
 - Freie Träger
 - Integration offener Jugendarbeit
 - Integration und Partizipation in überregionale Jugendbeteiligung (z.B. LSV, IS, BAK usw.)
- Überregionale Vernetzung

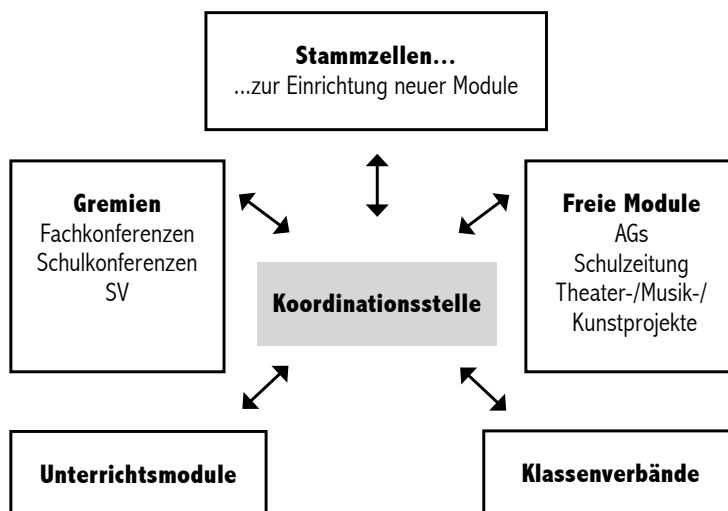
Partizipation in Modulen in der Schule

Die Arbeit in Modulen ist im schulischen Kontext keineswegs auf die Gremienarbeit beschränkt. Sie eignet sich auch zur Gestaltung von Unterricht sowie im erweiterten Unterrichtsangebot. Im Vordergrund steht dabei eine neue Betrachtungsweise, in der alle Angebote als eigenständige Module betrachtet werden.

Zum Beispiel:

1. Klassenverbände
2. Kurse
3. Gremien
4. Konferenzen
5. AGs
6. Bands
7. Freizeitangebote der offenen Jugendarbeit
8. Außerschulische Partner

Neben der Neustrukturierung der in der Schule bereits vorhandenen Module steht die Neugründung von Projekten im Vordergrund. Diese können im Gegensatz zu festen Unterrichtsmodulen zeitlich begrenzt sein bzw. entstehen und sich wieder auflösen. Dies führt zu mehr Dynamik/Fluktuation und verhindert, dass „tote“ Gremien und Projekte künstlich „am Leben gehalten“ werden. Um dies zu gewährleisten, ist eine klare Zielsetzung des Projektes notwendig. Ist das Ziel erreicht bzw. kann nicht erreicht oder weiter bearbeitet werden, so wird das jeweilige Modul aufgelöst. Um die Arbeit der einzelnen Module nach außen sichtbar zu machen, muss die Arbeit in individuellen Portfolios dokumentiert werden. In diesen werden die wichtigsten Ergebnisse und die genaue Zielsetzung der Arbeit festgehalten. Die dort dokumentierten Arbeitsergebnisse können unter anderem als Grundlage für Publikationen dienen. Die Arbeit sollte aber auch in regelmäßigen Konferenzen anderen Modulen präsentiert werden. Dabei können exemplarisch Projekte der einzelnen Module vorgestellt werden, die als Anregung, Leistungsvergleich, Findung von Schnittstellen und Vernetzung untereinander dienen. Dadurch wird die Möglichkeit eröffnet neue Module zu schaffen. Im Weiteren ist die Einrichtung eines Online-Portfolios angedacht, indem die einzelnen Arbeitsgruppen bzw. Module ihre Ergebnisse festhalten und veröffentlichen können. Vorteil eines solchen Online-Moduls ist der weltweite Zugriff auf die eigenen Daten.



Um die Arbeit der unterschiedlichsten Module zu koordinieren, ist es notwendig, eine Koordinationsstelle einzurichten. In der Koordinationsstelle laufen alle Fäden, Ergebnisse und aktuell behandelten Themenkomplexe zusammen. Hauptaufgabe ist es, mögliche Schnittstellen zu erkennen, zu benennen und Anregungen für neue Kooperationen aufzuzeigen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, ein zentraler Ansprechpartner für externe Kooperationspartner der Schule zu sein, um die Kommunikation nach außen über den Tellerrand Schule hinaus, z.B. in bundesweiten Schulnetzwerken genauso zu gewährleisten. Dabei fällt ihr die Aufgabe zu, thematische Schwerpunkte der Schularbeit zu dokumentieren und für alle zugänglich zu machen (insbesondere für Schulexterne). Dies schafft unter anderem auch eine Grundlage für einen Erfahrungsaustausch außerhalb der Schule, der dann auch in regelmäßigen persönlichen Treffen intensiviert werden kann.

Wie schon zu erkennen, ist die wichtigste Grundlage einer in Modulen stattfindenden Arbeit eine funktionierende Kommunikation, das Dokumentieren und Evaluieren der Arbeit. Nur durch diese geschaffene Transparenz ist es möglich, einen hochwertigen Unterricht sowie eine effiziente Gremienarbeit zu garantieren.

Gründung von neuen Projekten und Modulen in den Stammzellen

Jedes Modul fängt als so genannte Stammzelle an. Ziel ist es, in dieser Phase das entsprechende Modul auf die zukünftige Arbeit so vorzubereiten, dass es später in der Lage ist, eigenständig zu arbeiten und das gesetzte Ziel zu erreichen. Diese Phase ist von außerordentlicher Wichtigkeit und Kern des Konzeptes. Ohne diese Phase ist unserer Ansicht nach Projektarbeit in der oben beschriebenen Form nicht möglich.

Um aus einer Stammzelle ein selbständiges Modul zu werden, sind folgende „Entwicklungsstadien“ nötig:

1. Jede Stammzelle bekommt eine Materialmappe. Diese beinhaltet grundsätzliche Informationen über die Modularbeit, Methoden usw. Sie beinhaltet außerdem eine CD mit einer umfassenden Sammlung von Materialien sowie eine Zugangssoftware für die Online-Portfolios.
2. In einer Selbstfindungsphase werden Ziele, Aufgaben und der thematischer Schwerpunkt festgelegt. Die Selbstfindungsphase sollte am besten im Rahmen eines kleinen Seminars geschehen. Dabei kann, abhängig vom Projekt, auch externe Unterstützung in Anspruch genommen werden.
3. Erstellung eines Projektpapiers, in dem die Arbeit des Moduls kurz beschrieben wird (Zieldefinition).

3.5 Wir machen Schule!

Schüler/innenvertretungsseminare als Partizipationsermutigung

Von Claudius Rück, Ev. SchülerInnenarbeit Rheinland (ESR)

Wohl kaum ein Betätigungsfeld für Schülerinnen und Schüler innerhalb der Institution Schule berücksichtigt Essentials von Jugendbildungsarbeit - Freiwilligkeit, Selbstorganisation und Partizipation - so stark wie die Arbeit der Schüler/innenvertretungen (SV). Schülerinnen und Schüler ermöglicht die Aktivität innerhalb der SVen die Mitgestaltung ihres Lebens- und Arbeitsumfeldes. Gleichzeitig bietet das Engagement eine Reihe von Lernmöglichkeiten, die, gerade weil auf Leistungsbewertung verzichtet wird, nur aus individueller bzw. gruppenbezogener Motivation heraus genutzt werden.

Allerdings werden die Mitarbeitenden der SVen, sieht man von zum Teil sehr engagierten Verbindungslehrer/innen ab, oft recht alleine gelassen, was Konzeption, Planung, Organisation und Evaluation ihrer gemeinsamen Tätigkeit angeht. Jugendbildungsarbeit mit ihren Methoden und mit den Menschen, die diese Methoden anwenden können, bietet sich deswegen gerade in diesem Feld als Kooperationspartnerin an. Hier profitieren also in erster Linie die Schülerinnen und Schüler selbst von der Kooperation.

Darüber hinaus bereichert eine selbstbewusste und aktive SV, die die Interessen der Schülerinnen und Schüler in die Gestaltung des Schullebens einbringt, die einzelne Schule. Die Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit schließlich kann durch die Kooperationen mit SVen den Kontakt zu Jugendlichen herstellen, die oft nur wenig mit kirchlicher Jugendarbeit anzufangen wissen. Sie kann ihre besonderen Kompetenzen den Jugendlichen anbieten und verfügbar machen.

Einblick in die Praxis

Sofern die SVler/innen bzw. die Verbindungslehrer/innen die Möglichkeit der Zusammenarbeit kennen, wird die Kontaktaufnahme wohl häufig von ihrer Seite erfolgen. Ansonsten empfiehlt sich ein persönliches Gespräch zwischen Mitarbeitenden der Schüler/innenarbeit und Vertreter/innen der SV.

Die Möglichkeiten der Unterstützung und Kooperation reichen von einzelnen Beratungsgesprächen, über die Zusammenarbeit bei einem konkreten Projekt (z. B. „Ausbildung“ von Klassensprecher/innen), bis hin zur Durchführung von gemeinsamen Tagungen, die eine allgemeine Einführung in die SV-Tätigkeit umfassen oder ein spezielles Thema beinhalten können.

Häufig fragen die SVler/innen nach einem ein- bis dreitägigen Seminar, in dem je nach Schule folgende Themenschwerpunkte unterschiedlich gewichtet sind:

1. intensives Kennen lernen der SV-Mitarbeitenden aus den unterschiedlichen Klassenstufen, Ressourcenübersicht,
2. miteinander arbeiten, altersübergreifende Zusammenarbeit,
3. Informationen über Rechte und Pflichten der Schüler/innenvertretung / der Schülerinnen und Schüler,
4. Ideenfindung und Prioritätensetzung für die Aktivitäten der Schüler/innenvertretung,
5. Projektplanung und -durchführung,
6. Training z. B. in den Bereichen „Selbstsicherheit, Rhetorik, ...“,
7. allgemeine schul- und bildungspolitische Fragestellungen,
8. politische Aktivitäten der SV im Rahmen des „Erziehungsauftrags“ der Schule.

Ziele der Seminare sollten sein, dass Schülerinnen und Schüler ihre je unterschiedlich vorhandenen Fähigkeiten erkennen und für die gemeinsame Arbeit im Rahmen der Schüler/innenvertretung nutzbar machen können. Die (freiwillige) Tätigkeit bei der Schüler/innenvertretung soll nicht in erster Linie als zusätzliche, belastende Verpflichtung erlebt werden, sondern als Erprobungsfeld für jede/n Einzelne/n und als Möglichkeit, konkurrenzfrei in einer altersgemischten Gruppe am Erreichen gemeinsam gesteckter Ziele zu arbeiten. Die Teilnehmenden nennen das oft kurz zusammengefasst: „SV-Arbeit kann und soll Spaß machen!“

Aufbauend auf dem Wissen um die eigenen Fähigkeiten und der Kenntnis der eigenen Interessen, können die Seminare zum selbstbewussten Auftreten der einzelnen Schülerinnen und Schüler und der Schüler/innenvertretung als Ganzer im Umgang mit anderen Schüler/innen, Lehrer/innen, Schulleitung oder im Rahmen von Konferenzen und Ausschüssen der Schule ermutigen.

Letztlich ist das Ermöglichen von positiven Erfahrungen in politischen Auseinandersetzungen ein Teil emanzipatorischer und demokratischer Bildung und Erziehung.

1) In NRW sind solche Tagungen, wenn sie als Kooperationsveranstaltung der SV mit einem Träger der Jugendhilfe durchgeführt werden, Schulveranstaltungen. Sie müssen bei der Schulleitung angemeldet werden, müssen von ihr jedoch nicht genehmigt werden, wenn sie dem „Erziehungsauftrag der Schule“ nicht entgegenstehen. Eine Anwesenheit von Lehrer/innen ist nicht zwingend notwendig.

SV-Seminare entstehen in der Regel in enger Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden selber. Im Vorfeld der eigentlichen Veranstaltung empfehlen sich ein oder mehrere Vorbereitungstreffen mit der Schüler/innenvertretung in der betreffenden Schule. Neben dem wechselseitigen Kennen lernen der Schülerinnen und Schüler und der/dem Referentin/en und verbindlicher Absprachen zu Inhalten und Ablauf des Seminars, bieten diese Treffen der/dem Referentin/en die Möglichkeit die Schule kennen zu lernen.

Wenn möglich, finden die Seminare außerhalb der Schule statt, dauern idealerweise mindestens drei Tage (zwei Übernachtungen)¹. Dieses zeitliche wie räumliche Ausscheren aus dem Schulalltag ermöglicht den Teilnehmenden größere Distanz und Ruhe zum gemeinsamen Arbeiten jenseits der traditionellen Schüler/innenrolle. Wenn nicht eindeutig ein Schwerpunkt auf Kennen lernen und „mal was zusammen machen“ liegt, empfiehlt sich nicht, die Seminare als Selbstversorgerveranstaltung durchzuführen. Oft reicht auch bei Vollverpflegung die Zeit, die zum Arbeiten gebraucht wird, nicht aus.

Am Beginn der Tagung stehen meist Übungen zum Kennen lernen (klassische Kennenlernspiele, Partnerinterviews etc.), die gegebenenfalls schon die Themen der Tagung bzw. allgemein die Themen „Schule, Schüler/innenvertretung usw.“ aufnehmen. Hier bietet sich an, schon besonders die Ressourcen der Teilnehmenden herauszuarbeiten. Als zweiter Schritt haben sich Kooperationsübungen in kleinen Gruppen (3 - 5 Teilnehmende) bewährt. Hier machen die Schülerinnen und Schüler die zumeist neue Erfahrung, dass auch (oder gerade) in altersgemischten Gruppen ein gutes Zusammenarbeiten möglich ist.

Im nun folgenden Schritt besteht die Möglichkeit, den Status quo (der Schule, der SV-Arbeit) in den Blick zu nehmen. Was gefällt den Schülerinnen und Schülern, wo üben sie Kritik? In Teilplenen werden nun, gegebenenfalls aufbauend auf der Kritik der vorhergehenden Einheit, Ideen für die Arbeit entwickelt oder Wünsche zur Qualifizierung der Teilnehmenden geäußert. Diese Vorschläge werden im Plenum vorgestellt und gewürdigt und dann sowohl nach der Frage „Was ist notwendig bzw. sinnvoll?“ als auch „Wobei habe ich Lust mitzumachen?“ gewichtet. Dieser Gewichtung folgt die Entscheidung zur weiteren Arbeit. Geht es um konkrete Projekte oder Vorhaben der nächsten Monate werden Neigungsgruppen gebildet, die entlang eines von der Tagungslei-

tung vorbereiteten Leitfadens (von der Zielformulierung über Planungs- und Durchführungsschritte, Ressourcenplanung, Überlegungen zu möglichen Schwierigkeiten und der Umgang damit, Zeitplanung bis zur Präsentation in der Schule) eine Projektplanung vornehmen. Für die sich anschließende Kleingruppenarbeit sollte viel Zeit (und Material und Unterstützung) zur Entfaltung des kreativen Potentials der Teilnehmenden eingeplant werden. Eine abwechslungsreiche, gegebenenfalls inszenierte Vorstellung der Ergebnisse der Kleingruppen im Plenum ermutigt die Gruppen zum phantasiereichen Arbeiten, lädt zur Selbstdarstellung ein und betont nochmals den Spaßcharakter des gemeinsamen Arbeitens. Oft ist für Kleingruppenarbeit und Präsentation ein ganzer Tag notwendig.

Richten sich die Ideen der Teilnehmenden eher auf Qualifizierung (Information zu Rechten der Schüler/innenvertretung, Auftreten und Reden bei der Schulkonferenz, Was ist ein Schulprogramm?), wird überprüft, ob dies gegebenenfalls schon im Rahmen der Tagung stattfinden kann (wünschenswert) oder in welchem anderen Rahmen dies geschehen kann, erneut in Kooperation oder mit der Beratung der Jugendarbeiter/innen.

Möglicherweise können Projektgruppenarbeit und Qualifizierungsangebote parallel oder nacheinander im Rahmen einer Tagung durchgeführt werden.

Im letzten Teil der Tagung entscheiden die Teilnehmenden welche Schwerpunkte sie in den nächsten Wochen und Monaten setzen wollen. Diese Entscheidungen, die sowohl jede/r Teilnehmende selbst, ausgehend von ihren/seinen Neigungen, Zeitbudget, Fähigkeiten etc., als auch die Gesamtgruppe fällen, sind ebenso wichtig wie die anschließenden konkreten Absprachen (Verantwortlichkeiten, Zeitplanung, ...). Einerseits neigen die Teilnehmenden dazu, sich im Überschwang des erfolgreichen Arbeitens zu viel vorzunehmen und sich dadurch zu überfordern bzw. Frustrationen vorherzubestimmen. Andererseits muss berücksichtigt werden, dass der Schulalltag schon am nächsten Tage wieder so stark dominiert, dass alle übersehenen oder aufgeschobenen Absprachen nur mit unverhältnismäßigem Aufwand nachgeholt werden können. Schließlich empfiehlt es sich, einen „Evaluationstermin“ (mit oder ohne Tagungsleitung) im „gemütlichen Rahmen“ zu verabreden, der Zwischenauswertung und Gratifikation zugleich bedeuten kann. Das Seminar endet mit einer Auswertung, die in erster Linie auf die Selbstvergewisserung der Gruppe ausgerichtet ist.

→ Hinweise und Literatur siehe folgende Seite

3.6 Kooperation für Partizipation: Wie Jugendverbände die Partizipation in der Schule unterstützen können

Von Julia Schumacher, Arbeitsgemeinschaft Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES)

Literatur, Kontakte, Hinweise zu Schüler/innenvertretungs- seminaren

zu: 3.5 Wir machen Schule!

Informationen zu den Erlassen
u.ä. betreffs SV-Arbeit sind bei
den jeweiligen Schul- oder Kultus-
ministerien der Länder und den
Landes-Schüler/innen-Vertretungen
erhältlich.

Es empfiehlt sich daneben, sich
auch mit der „Allgemeinen Schul-
ordnung“ u. ä. vertraut zu machen.

Zur Durchführung der Seminare bie-
ten eine Reihe von Länderschüler-
/innenarbeiten Unterstützung an.

„Partizipation ist Gestaltungsmacht. Partizipation
bedeutet, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu
bieten, ihr Recht wahrzunehmen, die Gesellschaft, in
der sie leben und aufwachsen, aktiv mitzugestalten.“
(DBJR 2002)

Mit diesen Worten fasst der Deutsche Bundesjugendring
zusammen, was er unter Partizipation versteht.
Auch im Rahmen von Schule gilt Partizipation als gut und
wichtig. Die Begründungen dafür sind vielfältig: Partizi-
pation erhöht die Identifikation der SchülerInnen mit ihrer
Schule und als Bestandteil eines ganzheitlichen Bildungs-
konzeptes erhöht sie die Lernerfolge und stärkt die Demo-
katiefähigkeit.

Gleichzeitig darf Partizipation nicht nur als lehrreich für
andere Lebensfelder verstanden werden, sie hat einen Wert
an sich. Die Maximierung von Partizipation ist das genuine
Ziel einer demokratischen Gesellschaft. Sie ist ein Recht
aller BürgerInnen auf freie, gleichberechtigte und öffentli-
che Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen
(vgl. Sturzenhecker 2005, S.: 256ff.). Das schließt Kinder
und Jugendliche und ihre Beteiligung an der Gestaltung des
Schullebens ein. Hier haben sich im Vergleich zu früheren
Jahrzehnten die formellen Möglichkeiten der politischen
Teilhabe von SchülerInnen erheblich ausgeweitet (vgl.
Palentien/Hurrelmann 2003, S.: 12). Dennoch ergab eine
Studie 1995:

1. dass Schülervertretungen (SVen) explizit das Interesse
ihrer MitschülerInnen an ihrer Arbeit vermissen;
2. dass LehrerInnen ebenfalls eher Gleichgültigkeit als
Widerstand gegenüber der SV-Arbeit äußern;
3. dass bei zwei Drittel aller befragten Schulen Partizipa-
tion im Rahmen der Unterrichtsgestaltung nur einen
geringen Stellenwert hat.
(vgl. ebd., S.: 13)

Der Ausbau gesetzlicher Regelungen muss demnach nicht
automatisch zu mehr Beteiligung führen. Viele Probleme
liegen eher im informellen Bereich. So gilt z.B. das Schul-
klima als wichtiger Mediator zwischen den rechtlichen
Regelungen und dem konkreten Partizipationshandeln der
SchülerInnen. Ein schlechtes Schulklima kann Partizipation
erschweren, wenn z.B. das Engagement von SchülerInnen
ignoriert wird oder wenn die Entscheidungsmacht letztlich
doch bei den LehrerInnen liegt (vgl. ebd., S.: 14).

Als Träger der außerschulischen Jugendbildung können Jugendverbände einen nennenswerten Beitrag zur Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten leisten, insbesondere im informellen Bereich. Der Grund: Im Gegensatz zur Schule ist Partizipation für die Jugendverbandsarbeit konstitutiv. In §12 (2) des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) heißt es: „In Jugendverbänden (...) wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. (...)“ Die Räume für Partizipation von Jugendlichen sind im Jugendverband also weitaus größer als in der Schule, sind weniger verrechtlicht und verregelt. Wie man diesen Freiraum nutzen kann, wird am Beispiel des Verbandes Christlicher PfadfinderInnen (VCP) deutlich. Dort ist die Planung und Durchführung der pädagogischen Arbeit in Gruppen vor Ort fest in der Hand von Jugendlichen, die sich auf ehrenamtlicher Basis engagieren. Auf Landesebene werden die zentralen inhaltlichen, personellen und organisatorischen Entscheidungen von demokratisch legitimierten Gremien getroffen, in denen die Ehrenamtlichen die deutliche Mehrheit stellen. Und es funktioniert! Ehrenamtliche Jugendliche beteiligen sich rege, engagieren sich verbindlich, arbeiten verantwortlich und kompetent mit und stellen viel auf die Beine.

In den Jugendverbänden ist also einiges an Know-how und gelebter Partizipation vorhanden – ein Potential, dass nicht allein dort bleiben muss, sondern von dem auch SchülerInnen für ihren Lebensraum Schule profitieren können.

Zu diesem Ergebnis kam auch eine bundesweite Tagung zum Thema „Partizipation in der Schule“, die die Arbeitsgemeinschaft Ev. SchülerInnenarbeit (AES) und der Bundesarbeitskreis „Schüler gestalten Schule“ (BAK) Ende April 2005 in Bad Hersfeld veranstalteten. Das Besondere: Bei dieser Tagung kamen nicht – wie so oft – allein hauptamtliche VertreterInnen aus Jugendarbeit und Schule zum „Expertengespräch“ zusammen. Wichtige Dialog- und KooperationspartnerInnen waren vor allem die SchülerInnen selbst.

Die drei folgenden Ansatzpunkte sollen zeigen, wo und wie Jugendverbände zu einem interessanten Partner für Schulen und insbesondere für SchülerInnen werden können:

1. Schulklima

Wie bereits eingangs beschrieben spielt das Schulklima eine entscheidende Rolle für die Motivation und die Möglichkeiten von SchülerInnen, sich in die Belange der eigenen Schule einzumischen. Das Schulklima wird letztlich von allen Akteuren geprägt, die mit einer Schule in Verbindung stehen und fordert sie heraus, an der eigenen Haltung gegenüber der Partizipation von SchülerInnen zu arbeiten. Um den Partizipationsgedanken stärker ins Schulleben zu tragen, kann die Vernetzung mit anderen Schulen und außerschulischen Partnern hilfreich sein. Innerhalb der Schule bietet sich z.B. die Arbeit am Schulprogramm an oder die Durchführung einer Zukunftswerkstatt mit LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern zum Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten. Als außerschulischer Partner kann der Jugendverband für diese Schulentwicklungsprozesse seine Kompetenzen als Moderator anbieten. Darüber hinaus kann er bei der Verhandlung von Kooperationsprojekten Position für partizipationsfördernde Standards beziehen, wie z.B. Freiwilligkeit, Parteilichkeit für SchülerInnen und Ganzheitlichkeit. Er kann sich in diesen Anbahnungsprozessen stark machen für die Partizipation von SchülerInnen, sie in die Verhandlungen einbeziehen oder sogar direkt mit ihnen Kooperationsbeziehungen aufbauen.

2. Know-how

Für die ganz konkrete Arbeit brauchen SchülerInnen Kompetenzen. Dazu gehört schulpolitisches Fachwissen, genauso wie Konfliktmanagement, Zeitmanagement, Kommunikationsstärke oder Handwerkszeug für eine systematische Projektorganisation. Jugendverbände verfügen hier über ein breites Repertoire an Methoden der außerschulischen Bildungsarbeit, mit denen sie SchülerInnen beim Erwerb dieser Kompetenzen sinnvoll unterstützen können. Beispiele für eine solche „Befruchtung“ gibt es bereits. Eines stellte Claudius Rück, Jugendbildungsreferent der Ev. SchülerInnenarbeit im Rheinland (ESR), auf der Tagung von AES und BAK vor: Die ESR bezieht sich mit ihrem Seminarangebot derzeit auf zwei Zielgruppen: Zum einen stärkt sie KlassensprecherInnen mit eintägigen Trainings, zum anderen bildet sie in unterschiedlichen Modellen SchülervertreterInnen fort. Dabei zielt der Jugendverband ESR insbesondere auf die Emanzipation der SchülerInnen. Deshalb sind auch bestimmte Prinzipien für die Arbeit unabdingbar:

Die ESR arbeitet ressourcenorientiert, konkurrenzfrei und aktivierend. Und sie versteht sich als parteilich: Sie arbeitet nicht im Auftrag der Schule, sondern steht bewusst auf der Seite der SchülerInnen.

Während der Tagung von AES und BAK wurde eines sehr deutlich: Partizipation erschöpft sich nicht in Gremienarbeit einiger weniger SchülerInnen, sondern umfasst auch Bereiche wie z.B. die Unterrichtsgestaltung oder die Organisation von Events und politischen Aktionen, an denen sich alle SchülerInnen beteiligen können. Deshalb müssen auch alle SchülerInnen die Möglichkeit bekommen, „Partizipationskompetenzen“ zu erwerben. Bisher bedienen die Länderschülervertretungen zumindest teilweise die Qualifizierungsbedarfe derjenigen, die eine demokratisch legitimierte Funktion haben (SchulsprecherInnen, KlassensprecherInnen, etc.). Die anderen „normalen“ SchülerInnen werden davon leider nicht erreicht. Hier können Bildungsangebote von Jugendverbänden eine sinnvolle Ergänzung sein.

3. Kontinuität

Für SchülerInnen ergibt sich aus ihrem lebenslauf-typischen Status ein Problem hinsichtlich der Partizipation: Ihnen fehlen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche kontinuierliche Interessenvertretung aufgrund ihres Alters und ihrer geringen Erfahrungen und Ausbildung (vgl. Reinhardt 2003, S.: 71). SchülerInnen brauchen deshalb pädagogische Hilfen, damit sie Strukturen der Mitwirkung entwickeln und dauerhaft aufrechterhalten können und damit Erfahrungswissen gesichert und weitergegeben werden kann. Diesen Auftrag politischer Bildung können sehr gut außerschulische Institutionen übernehmen (vgl. ebd., S.: 73f.), wie z.B. Jugendverbän-

de. Diese werden dann zum Partner der SchülerInnen in Sachen Partizipation, der außerhalb des Systems Schule steht und sie als unabhängiger Dritter berät und qualifiziert.

Auch auf der Tagung von AES und BAK wurde über die Institutionalisierung einer solchen dauerhaften Begleitung diskutiert. Eine wichtige Bedingung aus Sicht der SchülerInnen lautete dabei: So sinnvoll Kontinuität auch sei, so wichtig sei gleichzeitig, dass sich die jeweilige Generation von SchülerInnen immer wieder selbst für oder gegen eine bestimmte Form der Unterstützung entscheiden könne. Das heißt, die Angebote müssen freiwillig sein und der Auftrag muss mit den jeweiligen SchülerInnen immer wieder neu geklärt werden.

Um die Partizipationsmöglichkeiten von SchülerInnen an schulpolitischen Entscheidungen zu verbessern, können Jugendverbände sicher nicht alles leisten, doch sie können eine wichtige Rolle übernehmen. Zum Teil tun sie dies bereits, doch ließe sich ein solches Engagement im Rahmen der allseits geforderten und aufkeimenden Kooperationen von Jugendbildung und Schule erheblich ausbauen. Als außerschulische Partner von Schulen und ganz besonders von SchülerInnen können sie im Rahmen einer „Kooperation für Partizipation“ einen konkreten Beitrag leisten. Von einer solchen Öffnung profitieren letztlich auch die Jugendverbände selbst, da sie auf diese Weise auch für andere Angebote der Jugendverbandsarbeit neue Teilnehmende und Ehrenamtliche gewinnen können. Gleichzeitig können sie sich mit einem Thema im Feld der schulbezogenen Jugendarbeit positionieren, für das sie selbst Spezialisten sind: Partizipation.

Literatur:

AES (Hg.) (2004): *Jugendarbeit und Schule. Schulbezogene Arbeitsformen in den Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeiten.* Berlin.

Deutscher Bundesjugendring (2002): *Mitwirkung mit Wirkung. Positionsbeschreibung des Deutschen Bundesjugendrings zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in politischen Zusammenhängen und Kriterienkatalog.* Berlin.

Palentien, Christian / Hurrelmann, Klaus (Hg.) (2003): *Schülerdemokratie. Mitbestimmung in der Schule.* München / Neuwied.

Palentien, Christian / Hurrelmann, Klaus (2003): *Schüler-Demokratie – ein Plädoyer für den Beginn längst fälliger Reformen.* In: Palentien, Christian / Hurrelmann, Klaus (Hg.) (2003): S. 3-17.

Reinhardt, Sybille (2003): *Demokratie-Lernen in der Schule.* In: Palentien, Christian / Hurrelmann, Klaus (Hg.) (2003). S. 68-82.

Sturzenhecker, Benedict (2005): *Partizipation als Recht von Kindern und Jugendlichen.* In: *deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit.* Heft 6/2005, S. 255-262.